

*Ein Essay von Peter Weigle*

Während im öffentlichen Diskurs unser demokratisches System als die beste aller politischen Welten gehandelt wird und die Demokratie mal freiwillig, mal unfreiwillig zum Exportschlager (Afghanistan, Irak, Ukraine u.a.) gerät, - wobei es sich oft nur als trojanisches Pferd wirtschaftlicher Hegemonialinteressen entpuppt, - findet in den USA und Europa ein schleichender und konsequenter Demokratieabbau statt.

Die Gründe sind vielschichtig. Unser Parlament entscheidet schon lange nicht mehr souverän. Es ist einerseits von den Verträgen mit der EU, andererseits von den mächtigen Wirtschaftsverbänden, den Banken und Konzernen abhängig, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen.

In den vergangenen Legislaturperioden hat weitgehend unbemerkt ein dramatischer Demokratieabbau stattgefunden. Warum wohl ist die Politik der Regierung Schröder von der Union mitgetragen worden? Warum sind rund neunzig Prozent der im Bundestag beschlossenen Gesetze einstimmig verabschiedet worden? Weil die gewählten Volksvertreter gar nicht anders konnten. Sie waren, wie alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, durch einen Zusatz in der eigenen Verfassung gezwungen, EU-Verordnungen und -Richtlinien umzusetzen. Die Mitgliedsstaaten haben sich still und geräuschlos eine übergeordnete Instanz gegeben, mit deren Hilfe so schnell und flexibel, wie es den kurzfristigen Wirtschaftsinteressen dienlich ist, undemokratisches Recht gesetzt und implementiert werden kann. Die EU-Gesetze werden von EU-Rat und -Kommission beschlossen - Instanzen, deren Repräsentanten nicht demokratisch gewählt oder für diese Funktion legitimiert sind. Als Alibi dürfen die Menschen ein europäisches Parlament wählen - das aber immer noch keine gesetzgebende Gewalt hat. Den nationalen Parlamenten wird die Macht sukzessive entzogen, das übergeordnete supranationale Europaparlament aber erhält sie im Gegenzug nicht. Regiert wird in unübersichtlichen Zwischeninstanzen, in deren Verfahrensweisen die Demokratie seit Jahren versickert. Früher hieß es: *divide et impera!* (teile und herrsche), heute läuft es anders herum.

Die nationalen Verfassungsgerichte haben sich ebenso von ihren Kontrollbefugnissen zurückgezogen. Die EU verlangt das! Das gängige Zauber-Argument: Harmonisierung der Recht(sprechung) in allen Mitgliedsstaaten. Diese mag ja sinnvoll sein, - aber so nicht! Harmonisiert werden auf seltsame Weise die bürokratischen Gepflogenheiten und die wirtschaftlich relevanten Rechtsordnungen. Wo diese unterschiedlich sind, behindert das den wirtschaftlichen Verkehr. Dadurch aber ist das undemokratische EU-Recht auf dem besten Wege unser System ganz zu durchdringen, also letztlich alle demokratischen Strukturen abzubauen und demokratisch vernünftige Prozesse zu behindern.

So konsequent antidemokratisch läuft das »Zusammenwachsen Europas« ab: Harmonisierungen, die in keinem Mitgliedsstaat eine Chance auf demokratisch mehrheitliche Zustimmung hätten, werden rasch beschlossen und umgesetzt, während wünschenswerte Harmonisierungen, wie zum Beispiel die des Steuerrechts, von Rat und Kommission nicht nur behindert, sondern explizit verboten werden. Eine Harmonisierung des Steuerrechts würde die einzelnen Mitgliedsstaaten davor schützen, von Konzernen mit Abwanderung in billigere EU-Staaten erpresst zu werden. Ein Harmonisierungsbeschluss erfordert aber just in dieser Frage Einstimmigkeit. Er kann also durch das Veto eines einzigen europäischen „Steuerparadieses“ verhindert werden. Die Begründung lautet: Förderung des Wettbewerbs! – Das gerät aber nicht zur Förderung des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen, sondern läuft auf den Wettbewerb machtloser Nationalstaaten um die Gunst der Unternehmen heraus. Demnächst werden wir vielleicht regiert vom „Konzil der Konzerne“.

So macht sich der Gesetzgeber u.a. im klangvollen Namen Europas zum Popanz und das Parlament missrät zur Filiale der Börsen. Die Demokratie macht den Kotau vor den Interessen der Konzerne und unterwirft sich dem Diktat des global flüchtigen Kapitals. Kann es da wirklich verwundern, wenn sich mehr und mehr Bürger erbost, angewidert oder resigniert von solch offen zutage tretenden Machenschaften abwenden, sie den Gang zur Wahlurne als bloße Farce werten und auf ihr Wahlrecht verzichten? Das Wort Wahlurne wird demnächst vielleicht eine neue Bedeutung erlangen: in dieser Urne werden die Rechte und Interessen der wählenden Bürger zu Grabe getragen.

Von Nöten wäre der demokratische Wille, den Bundestag vor dem Andrang der Lobbyisten durch eine Bannmeile zu schützen. Doch sind unsere Parlamentarier noch frei genug für einen solchen Entschluss, der nicht nur einen ungewohnt radikaldemokratischen Zwang ausüben müsste, sondern obendrein das Salär vieler Abgeordneter erheblich schmälern würde? Denn es sieht doch so aus: Doppeltes Gehalt, geteiltes Gewissen! Politiker betreiben vielfach das Geschäft der Konzerne, fast immer auf Kosten der Bürgerrechte, der Gesundheit und der Umwelt. So sind es unter anderem die unbeirrt auf Atom und Kohle setzenden Energiekonzerne, die an sauberer Luft wenig interessierten Autobauer und Gentech-Unternehmen, die über besonders gute Drähte zur Politik verfügen. Rund 50 Bundestagsabgeordnete, so recherchierte der "Tagesspiegel", entschieden in den Parlamentsausschüssen des letzten Bundestages über Gesetze mit, die Unternehmen betrafen, mit denen sie über Aufsichtsratsmandate oder Nebentätigkeiten verbandelt waren.

Ganz legal halten Politiker die Hand auf. Nur wer Gehälter und andere Vergütungen absichtlich verschweigt, kriegt Probleme. So wie CDU-Generalsekretär Laurenz Mayer oder der Chef der CDU-Arbeitnehmervereinigung, Hermann-Josef Arentz. Beide kassierten hohe Zahlungen von RWE und mussten nur deswegen zurücktreten, weil sie diese Einkünfte bestritten. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Janssen verlor sein Mandat, weil er bis zuletzt geleugnet hatte, auf der VW-Gehaltsliste zu stehen. Arentz, Meyer und Janssen bildeten nur die Spitze des Eisbergs. Besonders die Energiekonzerne haben ein weit verzweigtes Netz politischer Einflussnahme gesponnen, dessen Fäden von den Kommunen bis ins Kanzleramt reichen. So schüttet RWE-Energy ganz offiziell jährlich über 650.000 Euro an etwa 100 Mitglieder so genannter Regionalbeiräte aus. Dabei handelt es sich um "aktive Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister von solchen Gebietskörperschaften", die RWE-Aktien halten. Für fünf Sitzungen im Jahr bekommt jeder Beirat rund 6700 Euro. Wie überraschend: "Die Beiräte stehen natürlich den Interessen von RWE besonders aufgeschlossen gegenüber". Das weiß Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher. Geld von den Energieversorgern erhielt auch Wirtschaftsminister Werner Müller. Eine monatliche Pension von 8000 Euro kassierte der parteilose Ex-Energiemanager von E.ON neben seinem üppigen Ministergehalt. Müllers Ministerium erlaubte nicht nur gegen erbitterten Widerstand des Kartellamtes die Fusion von E.ON und Ruhrgas zu einem der größten Energiekonzerne der Welt. Es zeichnete auch für eine Liberalisierung des Strommarktes verantwortlich, die große Stromkonzerne bevorzugt und kleineren Energieproduzenten, etwa Ökostromanbietern, den Zugang zum Leitungsnetz durch hohe Nutzungsgebühren erschwerte.

Direkt im Machtzentrum von Sachsen-Anhalt steht der Biologe Dr. Uwe Schrader, der vorigen April im Landtag nach einer Greenpeace-Aktion gegen die Freisetzung von Gen-Weizen forderte "den Gemeinnützigkeitsstatus einer solchen Vereinigung auf den Prüfstand zu stellen, um gegen derartige Aktionen vorzugehen". Schrader koordiniert als Vorsitzender des Vereins InnoPlanta, einem Netzwerk aus Gentechnik-Firmen, Landwirten und Saatzüchtern, die umstrittenen Freisetzungsversuche in der Region. Als FDP-Landtagsabgeordneter leitet er den "Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten", der über die Erbgutexperimente auf den Äckern des Landes mitentscheidet. Interessenkonflikte sieht Schrader nicht. Sören Herbst, Mitglied des Grünen-Landesvorstands: "Die Interessenverquickung ist so offensichtlich, dass Schaden für das Ansehen des Landes droht." Wenn, es das nur wäre! Der Schaden für die Umwelt ist weit gravierender.

Was ist aus der Freiheit geworden, zahlt sie sich nur noch für Privilegierte, Rosstäuscher und Ausbeutungsgewinnler als Börsengewinn aus? Die „freie“ Marktwirtschaft mutiert zum Schummelfetisch, an dem sich Banken, Industrieverbände und Börsenspekulanten bedienen. Wir alle werden zunehmend Zeuge davon, wie feindliche und freundliche Übernahmen Tausende Arbeitsplätze vernichten, wie zuletzt in Hamburg. Da kauft ein norwegischer Konzern eine Hamburger Firma, die schwarze Zahlen schreibt, schließt sie und entlässt tausend Leute, zerstört Existenzen, nur um lästige Konkurrenz für die eigenen Produkte loszuwerden. Hauptsache die Aktienkurse steigen.

Auf der einen Seite die Ackermänner und Esser (erinnern wir uns an den himmelschreienden Vodaphone-Deal) im Victory-Habitus - dort die Namenlosen, denen nur die Suppenküchen eine letzte Zuflucht bieten. Hier die coolen Besserverdienenden - dort die statistisch erfassten Sozialfälle. Trotz aller Beschwörung einer gewiss erstrebenswerten Zivilgesellschaft formiert sich in der Bundesrepublik Deutschland die längst überwunden geglaubte Klassengesellschaft neu. Die jüngste PISA-Studie bestätigt, dass der Zugang zu den Ressourcen der Bildung für das „wachsende Subproletariat“ zunehmend ein Ding der Unmöglichkeit wird. Auch die Wahrnehmung demokratischer Rechte setzt einen freien Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten voraus. Besteht dieser Zugang de facto nicht, findet auch hier eine Entrechtung und Entdemokratisierung statt.

Spät, vielleicht zu spät erkennen wir, dass nicht primär Rechtsradikale den Staat bedrohen, vielmehr ist es die Ohnmacht der Politik, wonach sich die Bürger schutzlos dem Diktat der Ökonomie ausgesetzt sehen. Immer häufiger werden Arbeiter und Angestellte von Konzernen erpresst. Nicht der Bundestag, sondern die Pharmaindustrie und die von ihr abhängigen Verbände der Ärzte und Apotheker entscheiden darüber, wem die Gesundheitsreform nützlich oder aus ihrer Sicht gewinnbringend zu sein hat. Auch die Pharmaindustrie formuliert durch ihre Lobbyisten gleich selbst die gewünschten Gesetzestexte, die dann in den betreffenden Ausschüssen zur Beschlussvorlage gemacht werden. Anstelle der Sozialverpflichtung des Eigentums gibt sich Profitmaximierung als Grundwert aus. Die „frei gewählten“ Parlamentarier beugen sich wohl dotiert dem Druck des Großkapitals. So richtet man zwar nicht den Staat, wohl aber die Demokratie zugrunde.

Wenn wir wirklich überzeugte Demokraten sind, sollten wir der Macht jenes Kapitals, für die der Mensch nur produzierendes und konsumierendes Material ist, souveräner und entschiedener widerstehen. Wer die geschenkte Freiheit als Wahlfreiheit des Konsums missinterpretiert und gleich einem Börsengewinn verrechnet, hat nichts begriffen. Es kann nicht angehen, dass wir in unserem so reichen und auch schönen Land fast nur noch Preislisten diskutieren. Wir exportieren militärische Mittel und Auseinandersetzungen (die Rüstungsexporte unseres Landes sind in den zurückliegenden Jahren drastisch gestiegen) und im Inneren lassen wir es zu, dass der soziale Frieden und die demokratischen Rechte systematisch bedroht und unterhöhlt werden. Wer all das zulässt, ist am Ende auf dem besten Wege, dereinst seinen Enkeln wieder sagen zu müssen „er habe von all dem nichts gewusst!“